

## Neuer Budgetplan für Forschung und Technik

Die Finanzierung der britischen Wissenschaft soll in den nächsten Jahren so großzügig ausfallen, wie es die Regierung immer wieder versprochen hat.<sup>1)</sup> Bisher wuchsen die Ausgaben für Forschung und Technik immerhin schon um jährlich 7 % – in Zukunft sollen es sogar 10 % werden. Um Wissenschaft und Technologie im internationalen Vergleich zu stärken und die britische Innovationsleistung zu verbessern, identifiziert der Budgetplan Schlüsseltechnologien, die gezielt gefördert werden sollen. So werden erstmalig 40 Millionen Pfund für Stammzellenforschung und 28 Millionen Pfund für Energiewirtschaft bereitgestellt. Auch die im letzten Jahr begonnenen fächerübergreifenden Programme zur Genomforschung („genomics“), Grundlagentechnologien („basic technologies“) und „e-science“ werden weitergeführt und teilweise ausgeweitet. In der Physik sollen insbesondere die Gravitationswellen- und Planetenforschung mehr Geld erhalten. Die diversen Forschungsräte („research councils“) der Physik erhalten zudem neue Aufgaben. So organisiert beispielsweise der CCLRC ab April 2003 die britische Nutzung des Institut Laue Langevin und der Europäischen Synchrotronstrahlungsquelle (ESRF) in Grenoble. Nicht nur die Forschung, sondern auch die Forscher selbst werden im Budgetplan bedacht: Doktorandenstipendien werden bis 2005/6 auf mindestens 12000 £ erhöht. Ein spezielles Trainingsprogramm soll dabei gezielt die Fähigkeiten für den Wissenstransfer in die Praxis fördern. Damit werden einige der Empfehlungen, die das Wissenschaftsministerium in der letztjährigen „spending review“<sup>2)</sup> ausgesprochen hat, umgesetzt.

## Mehr Bildung für alle

„Bis 2010 soll die Hälfte aller jungen Leute studieren,“ so lautete bisher das Gelöbnis der Regierung. Der Bildungsminister, Charles Clarke, hat dies jetzt etwas modifiziert. Eine bestimmte Anzahl an Studierenden zu erreichen sei weniger wichtig, als jungen Menschen aus der Arbeiterschicht den Zugang zur

Uni zu erleichtern. Bisher sind bereits 43 % der unter 30jährigen an Universitäten eingeschrieben, aber nur ein Viertel der Studenten kommen aus Arbeiterfamilien. Gebühren, die für das Einschreiben an der Universität entrichtet werden müssen, halten Studenten mit ärmerem Hintergrund womöglich vom Studium ab, gesteht Clarke ein. Für ein Promotionsstudium oder den Zugang an Eliteuniversitäten dagegen fände er eine Gebührenerhöhung gerechtfertigt. Eine Entscheidung über die seit langem diskutierte Studienfinanzierung werde er Ende Januar fällen.

Bisher scheinen die guten Vorsätze für einen breiteren Universitätszugang nicht sehr erfolgreich. Die Anzahl an Studenten aus der Arbeiterschicht ist im UK-Schnitt konstant bei 25 % geblieben, und liegt an den Eliteuniversitäten immer noch weit niedriger, wobei Cambridge mit nur 9 % einen traurigen Rekord hält. Cambridge und Oxford haben auch den geringsten Anteil an Schülern von öffentlichen Schulen von jeweils 53 %. Sally Hunt, Generalsekretärin der „Association of University Teachers“, betont, dass dies durch zusätzliche Gebühren für Eliteuniversitäten nur noch weiter verschlechtert würde. Am anderen Ende des Spektrums stehen viele ehemalige Polytechnische Hochschulen, die zwar viele Studenten aus der Arbeiterschicht aufnehmen, aber überdurchschnittlich viele Studienabbrecher haben.

SONJA FRANKE-ARNOLD

## Schweiz: Deutliche Zuwächse

Die Schweiz als rohstoffarmes, industrialisiertes Land stuft die Bildungs- und Forschungspolitik in einer im Dezember veröffentlichten Botschaft des Bundesrates (der schweizerischen Regierung) als nationale Priorität ein. Mit dieser Botschaft legte der Bundesrat seine Pläne für die Finanzierung des „Denkplatz Schweiz“ in den Jahren 2004–2007 dar. Für Eidgenössische Hochschulen, die Grundfinanzierung der kantonalen Universitäten, die Fachhochschulen, die höheren berufsbildenden Schulen und die Forschungsförderung sollen insgesamt 17,3 Milliarden Franken zur